



Antwort zur Anfrage Nr. 1387/2017 der CDU-Stadtratsfraktion betreffend **Vorfall vor dem SchonSchön bzw. am Allianz-Haus (CDU)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Anfang Juli ist vor dem Club „SchonSchön“ bzw. am Allianz-Haus eine Frau von einer herabstürzenden Mülltonne am Kopf verletzt worden. Diese fiel aus dem dritten Stock der dort befindlichen Flüchtlingsunterkunft. Die Frau wurde vor Ort versorgt und anschließend in ein Krankenhaus gebracht. Von Seiten der Polizei wurde Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung gegen Unbekannt gestellt.

1. Wie beurteilt die Verwaltung diesen Sachverhalt?

Selbstverständlich verurteilt die Verwaltung solche Verhaltensweisen auf das Schärfste und bedauert die Verletzung der Betroffenen. Die Verwaltung ist dankbar, dass es nicht zu noch schlimmeren Auswirkungen kam. Bisher handelt es sich um einen einmaligen Vorfall in unseren Gemeinschaftsunterkünften. Zur inhaltlichen Beurteilung siehe Antwort zu 3.

2. Ist mittlerweile bekannt, wie es zu dem Vorfall kam bzw. wer die Mülltonne aus dem Fenster befördert hat?

a) Wenn ja, welche Konsequenzen wurden gezogen?

b) Wenn nein, wann rechnet die Verwaltung mit entsprechenden Ergebnissen?

Bis dato konnte die Polizei den Verursacher nicht feststellen.

Aus diesen Gründen konnten gegenüber der betreffenden Person keine Konsequenzen gezogen werden.

3. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung unternommen bzw. welche will sie unternehmen, um solche Vorfälle zukünftig zu vermeiden?

Mögliche, z.B. bauliche Maßnahmen wurden geprüft, aber aufgrund der generell einschränkenden Wirkungen für die Bewohnerschaft als nicht zielführend erachtet und daher nicht weiter verfolgt. Die Gründe für den Vorfall könnten nach Gesprächen mit der psychosozialen Betreuung und Polizei weniger in rein aggressivem, als mehr in krankheitsbedingten, psychischen Problemlagen liegen. Ein Fokus wurde deshalb auf das schnelle Erkennen entsprechender Verhaltensweisen gerichtet. Soweit problematische Verhaltensmuster durch die Betreuungskräfte erkannt werden, werden Gespräche mit den Betroffenen geführt. Bei entsprechender Einschätzung erfolgt auch die Kontaktaufnahme mit der Polizei. Ziel ist die Betroffenen an die entsprechenden Fachstellen zu vermitteln und dem Hilfesystem zuzuführen.

Mainz, 26. 09.2017

gez. Lensch

Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter